Dresden 1883.
Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 18. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 15 Pfge. Einzelne Numm. 10 Pfge.
Auflage 38000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Rich in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

28. Jahrgang.
Inserate werden Marienstraße 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pf. Eingesandt die Zeile 30 Pf.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Hochfeine
Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesse empfiehlt
Frau Bertha Streng,
grosse Brüdergasse Nr. 3.
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Technicum Mittweida
— Sachsen. —
a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule.
— Vorunterricht frei. —

R&S
Mit Gott und Recht
Schutz-Marke.
Conto- u. Geschäftsbücher
eigenes Fabrikat.
Extraanfertigungen jeder Art schnell und exact.
Princip: Bestes Material, gute und reelle Arbeit, entsprechend billigen Preis.
G. H. Rehfeld & Sohn,
Dresden-Neustadt, Hauptstrasse Nr. 24.

Bürgerwiese Nr. 20 Die Weinhandlung von Hermann Wilh. Köchel Bürgerwiese Nr. 20
welche durch günstige Einkäufe in den Stand gesetzt ist, gut und billig zu bedienen, offerirt als höchst preiswürdig in reiner guter Qualität **Madeira, Portwein** u. **Sherry**, Fl. v. M. 1,75 an.

Nr. 21. Witterung vom 20. Januar: Barometer nach Oskar Böhlt, Waisenhausstraße 10 (Abends), 749 Mill., seit gestern 5 Mill. gefallen. Thermometrogr. nach Reaumur: Temp. [illegible], niedr. Temp. 1 W., höchste Temp. 4 W. Süd-Ost-Wind. Bedeckt. | Aussichten für den 21. Januar: West, auffrischend, ziemlich trübe, etwas Niederschlag, Nachtfrost. | **Sonntag, 21. Januar.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Drei Tage gebrauchte der Reichstag, um den Wedell'schen Börsensteuer-Antrag an eine Kommission zu verweisen. Was man vorbringen kann, um die Börse als das „Rührmichnichtan" für die Gesetzgebung auszugeben, wurde in erschöpfender Weise vorgebracht. Ja, die Börse hat ihre mächtigen Freunde im deutschen Reichstage. Unter „Börse" verstehen wir aber hierbei nicht jenes nützliche, wohlthätige Institut, dessen kein moderner Staat für seine volkswirthschaftlichen Aufgaben entbehren kann, sondern den Tummelplatz der wilden Spiellust, der ungesunden, gemeinschädlichen Jobberei. Die Börse, als großes Bassin, in welchem sich die ersparten Reichthümer einer Nation sammeln, um durch tausend Kanäle befruchtend wieder in den Körper des arbeitenden Volkes zurückzuströmen, sie ist eine heilsame Einrichtung, sie soll blühen und gedeihen; aber jener Bottich, in welchem der ganze Hexenkessel wüstesten Glücksspieles die Ersparnisse der Völker verbrodelt, verdient nicht einen Augenblick Schonung. Leider aber fand gerade dieser letztere Theil des modernen Börsenunfuges im Reichstage beredte Vertheidiger; auf den Bänken der Konservativen saßen die Advokaten des Börsenspieles jedoch nicht. Es ist wahrlich kein erbauliches Schauspiel, daß die Gesetzgeber des deutschen Reiches darin einig sind, das Differenzspiel als unmoralisch zu brandmarken, gleichwohl aber die Konservativen, wenn sie endlich einen Weg zeigen, wie dasselbe auszurotten und zu unterdrücken ist, nur noch aus dem katholischen Centrum Hilfsgenossen werden können, auf den Bänken der Liberalen bis zu den Sozialdemokraten hinein aber nur Schwierigkeiten, offene und verkappte Feinde und Spott finden. Wäre das Differenzspiel nur eine nebensächliche Erscheinung des Börsengeschäftes, so möchte das hingehen. Thatsächlich aber veranlaßt das Differenzspiel etwa $^7/_{10}$ aller Umsätze an der Börse und da verlangt es denn doch die öffentliche Moral, daß man diese schreienden Uebelstände beseitigt. Eine procentuale Börsensteuer, unter Beschränkung derselben auf die rein börsenmäßig betriebenen Geschäfte und unter Vermeidung aller vexatorischen Controlbestimmungen, ist ein höchst wirksames Mittel zu diesem Zwecke. Worin sich der Wedell'sche Entwurf irrt, wenn er dazu ungeeignete Mittel vorschlägt, Das kann man gern preisgeben. Die Aufgabe, den gesunden Kern des Wedell'schen Börsensteuer-Antrages lebensfähig und ausführbar zu gestalten, wird nun der Kommission zufallen. Es kommt Alles darauf an, daß man in sie die richtigen Männer entsendet. Die Advokaten der Börsenjobberei im Reichstage setzten sich freilich aufs hohe Pferd; sie betonten die Schwierigkeit des Verständnisses der Börsenangelegenheiten, an die ein gewöhnlicher Menschenverstand gar nicht heranreiche. Das ist Larifari. Eine gut bemessene Börsensteuer braucht nicht erst erfunden zu werden; in der französischen Börsensteuer hat man ein seit vielen Jahren bewährtes Vorbild. Darum, Ihr Herren von der Kommission, nur frisch ans Werk! Laßt Euch weder von dem Wehegeschrei der Liberalen, noch den Gehässigkeiten der Sozialdemokraten abhalten, Eure gute Pflicht zu thun!

Unsere französischen Nachbarn wollen jetzt auch ihre milde Hand für die Unglücklichen öffnen, denen „Vater Rhein" so unväterlich mitgespielt hat. Man würde sich in Deutschland über die Mildthätigkeit der Franzosen herzlicher freuen können, wenn sie hierbei den Impulsen reiner Menschenliebe folgten. Ihre Vorfahren haben so grausam als Mordbrenner in der schönen Pfalz gewüthet, daß es nur eine kleine Sühne wäre, wenn die Enkel des Turenne, der Condés und anderer Marschälle die Unglücklichen am Rheine mit Liebesgaben bedächten, Noth und Sorgen zu mildern, Krankheit und Siechthum abzuwehren. Aber die Franzosen sammeln nur für die „Brüder" in Elsaß-Lothringen und auch Das nur, um mit der Wohlthätigkeit politische Agitation zu treiben. Reine Menschenliebe hätte die Franzos schon nach der ersten Ueberschwemmung locker gemacht, die das Elsaß verschonte. Anderen Nationen gegenüber bewährte sich der Wohlthätigkeitssinn der Franzosen auf's Glänzendste. Man denke an die Hunderttausende, die für das überschwemmte ungarische Szegedin, das unglückliche spanische Murcia zusammengebracht wurden. Die Franzosen lieben den Rhein nicht wie der Engländer, der sich an seinen landschaftlichen Schönheiten begeistert, sie lieben unsern herrlichen, zu beiden Ufern nunmehr Gottlob! deutschen Strom wie der Wolf das Schaf: sie möchten die Rheinländer vor Liebe auffressen. Stets sind auch die Franzosen bereit, von den verhaßten Deutschen zu nehmen, sie denken aber nicht daran, ihnen in der Noth beizustehen. Es ist uns nicht bekannt geworden, daß gegenüber dem herzbrechenden Elend am Rheine jene Pariser Riesengeschäfte, wie der Louvre, der Bon Marché, der Printemps u. s. w., die Mode-, Luxus- und Neuigkeitshandlungen, die aus Deutschland jährlich Hunderttausende herausziehen, irgendwie sich an der Linderung unserer Noth betheiligten. Möchten doch unsere Frauenwelt, unsere wohlhabende Kreise in der Aristokratie und Börse, welche aus leidiger Gewohnheit Kleidung, Wäsche und tausend Luxusartikel aus Frankreich beziehen, diesen Umstand beachten!

Die Franzosen leiden seit dem Tode Gambetta's wirklich an einer Art Gespensterfurcht. Der Republik liegt die Sorge um ihr Leben bleischwer in den Gliedern. Ueberall wittert sie Verschwörungen. Der papierne Staatsstreich des rothen Prinzen läuft zwar auf einen Fastnachtsscherz hinaus; aber er ging nur den Verschwörungen der Legitimisten und der Klerikalen voran. Seit Monaten bereits wurden von einzelnen Zeitungen so viele Komplote entdeckt, die sich nachträglich als Mystifikationen oder böswillige Erfindungen herausstellten, daß man auch jetzt etwas kopfschen wird, selbst wenn man Details von der Verschwörung der „katholischen Allianz" erfährt. Man fabelt und faselt von 32 „Legionen", die in der Champagne stehen, bereit zum Losschlagen; das royalistische Heer solle aus 33,000 Bauern und Arbeitern bestehen, habe Waffendepots und 600 Pferde, während sich die Kriegskasse mit 7 bis 8 Millionen in London befinde. Das Erkennungszeichen der Verschworenen sei ein Kreuz im Knopfloche. Der ehemalige päpstliche General Charette mag von dem feurigen Unternehmungsgeiste seiner Ahnen erfüllt sein, in der katholischen Vendée mögen die Traditionen aus der Revolutionszeit leben, aber selbst die „Legionen", die angeblich sich dort sammeln, werden den gewaltsamen Sturz der Republik gewiß nicht bewirken. Stürzt die Republik, so stürzt sie durch ihre eigenen Fehler; der größte war die ehrenvolle Heimführung der Kommunarden. Es ist seltsam, daß die Republik es ruhig mit ansieht, wie diese Rothen tagtäglich in ihrer Presse und Versammlungen die gesetzliche Staatsform mit Angriffen und Schmähungen überhäufen und ihren Sturz predigen; daß sie aber gleichwohl aus dem Häuschen geräth, sobald die Monarchisten der Republik ihr Sündenregister vorhalten. Es sieht uns ganz so aus, als woll die Republik, die ein schlechtes Gewissen hat, aus Furcht vor den Rothen sich in eine wahre Wuth gegen die Konservativen hineinreden und eine neue Auflage des Terrorismus inszeniren.

Aus Rußland ist einmal eine recht erfreuliche Nachricht eingelaufen. Der nach Petersburg zurückgekehrte Zar stellte einer Moskauer Glückwunschdeputation die Kaiserkrönung für die nächste Zeit in Aussicht. Es hat beinahe den Anschein als ob seit den letzten Prozessen und Massenhinrichtungen die Nihilisten ihre Führer oder doch ihre fanatische Kühnheit eingebüßt hätten. Im weiten Zarenreich ist es, wenn auch nicht ruhig, doch ziemlich still geworden, so daß die kaiserliche Familie die Rückkehr von Gatschina nach Petersburg wagen konnte, ohne wohl unterrichteten Attentätern zu begegnen. Haben die Nihilisten ihre Mord- und Rachepläne absichtlich für spätere Zeit aufgespart oder sind sie eingeschüchtert? Der Zar hat seine zweifelhafte Leibgarde, die heilige Druschina, aufgelöst. Will er ernstlich die Bahn von Reformen beschreiten? Ganz Europa würde ihm dazu von Herzen Glück wünschen. Ein sich friedlich reformirendes Rußland ist ein europäisches Bedürfniß; ein von den Nihilisten gepeinigtes Rußland, das sich aus Furcht vor einer Revolution blindlings in einen Krieg stürzt, eine schlimme Gefahr für sich selbst, wie für die Nachbarstaaten. Ein abwechselnd von Despoten und Anarchisten geführtes Rußland ist Niemandes Freund, ein sich verjüngendes, mit innerer Arbeit vollauf beschäftigtes Rußland würde als neue Friedensbürgschaft aufzufassen sein. Darum erscheint die Krönung des Zaren in Moskau in dem freundlichen Lichte einer Vorbereitung für eine ernstliche Friedenspolitik.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 20. Jan.

Berlin. Das sächsische Königspaar trifft am 24. Januar Mittags mit dem 12 Uhr 58 Min. auf dem Anhaltischen Bahnhofe hier ankommenden Zuge ein. Begleitet sind die hohen Gäste von der Oberhofmeisterin v. Globig, Hofdame Gräfin Einsiedel, Oberhofmeister v. Lüttichau und Generalleutnant von Carlowitz. Das Königspaar nimmt in dem Kgl. Schlosse Wohnung.

Berlin. Reichstag. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. v. Schalcha, betr. die Seelsorge der katholischen Soldaten in Kosel. — Kriegsminister von Kameke erklärt, daß er Erkundigungen einziehen lassen und in acht Tagen in der Lage sein werde, die Interpellation zu beantworten. — v. Wedell-Malchow nimmt das Schlußwort in der Generaldebatte über seinen Antrag auf prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte. Er werde sich durch die gegnerischen Angriffe in der Presse nicht beirren lassen. Dem Abg. Büsing entgegnete er, daß sein Antrag wohldurchdacht sei; er anerkenne aber, daß Büsing der einzige Redner der Linken gewesen, der sich nicht gegen den Gedanken einer schärferen Heranziehung der Börse zugewendet habe. Den Juristen der Regierung würde es hoffentlich gelingen, eine zutreffende Definition für Zeitgeschäfte, wie er sie mit seinem Antrage treffen wolle, zu finden. Man spreche immer von legitimen und illegitimen Zeitgeschäften; aber wenn ein Geschäft auch legitim sei, so dürfe es deshalb doch besteuert werden, wie die Grundstücksverkäufe beweisen, die doch auch versteuert würden. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird der Antrag an eine 21gliedrige Kommission verwiesen. Gegen Kommissionsverweisung stimmen Fortschritt und Secession. Hierauf wird in die zweite Berathung des Reichshaushaltetats pro 1883/84 eingetreten. Der Etat des Bundesrathes wird ohne Debatte angenommen. — Zum Etat des Reichstages spricht Abg. Dr. Lieber Namens der Bibliothek-Kommission über die Reichstags-Bibliothek und deren Benutzung. Im verflossenen Jahre sind 4000 Bände aus der Bibliothek verliehen worden. Redner bekundet zugleich die Anerkennung der Kommission für die Thätigkeit des Bibliothekars; demselben wird auf Antrag des Abg. Dr. Braun der Dank des Hauses ausgesprochen. Die Etats für Reichskanzler und Reichskanzlei, sowie für das auswärtige Amt werden genehmigt. Beim Etat des Reichsamts des Innern lenkt Abg. Reiniger die Aufmerksamkeit auf den von Deutschland aus betriebenen Mädchenhandel und fragt, was geschehen sei, diesem unwürdigen und den deutschen Namen besudelnden Treiben ein Ziel zu setzen. Bundeskommissar Wemmann erwidert, daß derselbe Mißstand auch anderwärts hervorgetreten sei. Die Niederländische Regierung habe zu einer internationalen Konferenz eingeladen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen solle, Deutschland werde sich daran betheiligen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Buhl entgegnet derselbe Regierungskommissar, daß ein Ausführungsgesetz zur internationalen Reblauskonvention in Vorbereitung begriffen sei. — Abg. Dr. Ree spricht in längerer Rede für eine Reform des Schulwesens. Unsere Volksschulen seien Standesschulen; die Talente zeigten sich erst nach dem 14. Jahre, deshalb sollte vorher kein Unterschied zwischen den Kindern Armer und Reicher gemacht werden. Eine solche Regelung könne nur reichsgesetzlich erfolgen. — Bundeskommissar Bosse theilt mit, daß die Berufs-Statistik ein selten treffliches Material ergeben. — Möller beantragt Streichung der Vertretungsgelder für den Direktor des Gesundheitsamts. — Direktor Struck erwidert, daß er nur dem Reichskanzler verantwortlich sei. (Oho!) — Dr. Goldschmidt verkennt die Thätigkeit Reichsgesundheitsamtes, beklagt aber, daß die Ausführungsbestimmungen zum Nahrungsmittelgesetz noch immer nicht erschienen seien. Es hätten sich daraus Nachtheile ergeben, namentlich für die Chocoladen- und Brauindustrie. Dr. Möller glaubt am allerwenigsten, dem Director des Reichsgesundheitsamts Anlaß zu einem so brüsken und herausfordernden Tone gegeben zu haben. Derselbe scheine von seinem hohen Chef Etwas gelernt zu haben; aber Eines schicke sich nicht für Alle. Er vertrete nur das Recht des Reichstages und seiner respektablen Mitglieder, jede Etatsposition sachlich zu prüfen. Dr. Hänel: Der Director im Gesundheitsamte betrachte seine Stellung wie eine Privatstellung, das sei ein Irrthum. — v. Minnigerode befürwortet die Bewilligung. — Schrader weist darauf hin, daß auch für die Weinproduktion Bestimmungen zur Ausführung des Nahrungsmittelgesetzes mangeln. — Dr Braun und Rickert treten für gesetzliche Regelung der die Weinfälschung betreffenden Verhältnisse ein. Die Richter seien jetzt auf die Gutachten der Sachverständigen angewiesen, die sich widersprächen. Die dadurch hervorgerufene Unsicherheit gefährde die heimische Weinindustrie. — Dr. Lingens rühmt die sorgfältigen Erhebungen in Sachsen bezüglich des sanitären Einflusses der Nähe der Friedhöfe. Das Gesundheitsamt solle die Sache in die Hand nehmen.

Wien. Im Gebührenausschusse beantragte Borzynski, jeden Börsenschlußzettel skalamäßig einer Stempelgebühr zu unterziehen; bei einem Werthe von zehn bis fünfzig Gulden sei ein Kreuzer Stempel, bei fünfzig bis fünftausend ein Stempel von 5 Kreuzer, bei darüber hinausgehenden Werthen für je fünftausend gleichfalls ein fünf Kreuzer Stempel beizufügen. Der Regierungsvertreter erklärte, die Skala sei sehr mäßig, bei Ausführung des Projektes müsse überhaupt mit Vorsicht vorgegangen werden, um das Geschäft nicht zu stören.

Paris. Der Ministerrath unter dem Vorsitze des Präsidenten Grévy genehmigte die Gesetzentwürfe über die eventuellen Maßregeln gegen die Thronprätendenten und wegen Abänderung des Preßgesetzes vom Jahre 1881; beide Gesetzentwürfe gehen noch heute der Kammer zu.

Paris. In der Kammer wurde der Gesetzentwurf über eventuelle Maßregeln gegen Thronprätendenten verlesen. Derselbe ermächtigt den Präsidenten der Republik durch ein im Ministerrathe festzustellendes Dekret, jedes Mitglied einer früheren Herrscherfamilie Frankreichs auszuweisen, von dem durch die Anwesenheit die Sicherheit des Staates gefährdet werden könnte. Die Rückkehr nach Frankreich unter Verletzung des Dekrets zieht die Verurtheilung zu ein bis fünfjähriger Gefängnißstrafe nach sich. Die Prinzen, welche der Armee angehören, können in Disponibilität versetzt werden. (Unterbrechung und Unruhe.) Der zweite Gesetzentwurf über die Abänderungen des Preßgesetzes von 1881 bedroht Schmähungen gegen die Regierung und die Republik mit Strafe und verweist deshalb die Angeschuldigten vor die Zuchtpolizeigerichte. Ballue (radikal) beantragt, die Prinzen von Orleans aus der Armee zu entfernen und verlangt für den Antrag die Dringlichkeit. Der Minister ist mit der Dringlichkeit einverstanden, weil es nothwendig sei, über alle diese Fragen rasch zu beschließen. Die Dringlichkeit wird mit 407 gegen 94 Stimmen beschlossen. Der Gesetzentwurf über Maßregeln gegen eventuelle Thronprätendenten und der Antrag Ballue wird an eine Kommission verwiesen, welche Bureaus und den Dienstag zur Vorberathung des Antrages Floquet wählen. Der Gesetzentwurf über Abänderung des Preßgesetzes geht an eine besondere Kommission.

Paris. Die bonapartistischen Deputirten nahmen eine Resolution an, worin sie die Gesetzmäßigkeit des Verhaltens des Prinzen Napoleon behaupten und gegen dessen Verhaftung protestiren. Sie behaupten, gegen die Verhaftung protestiren zu müssen und zu erklären, daß nur ein Apell an das Volk das einzige Mittel sei, die Zukunft Frankreichs zu sichern. Der Kriegsminister und Marineminister erklärten, sie würden demissioniren, wenn der Antrag Ballue angenommen würde. Die Annahme des Antrags ist unwahrscheinlich.

Die **Berliner Börse** war geschäftslos und verstimmt in Folge matter Pariser Notizen. Internationale Spielpapiere stark angeboten, später trat vorübergehende Besserung ein. Von deutschen Bahnen waren nur spekulative behauptet, fremde matt, Banken weichend, Bergwerke matt, Industrien unverändert, deutsche Fonds fest, fremde schwach.

Frankfurt a. M., 20. Jan., Abends. Credit 2..., Staatsbahn 2..., Lombarden 11..., 60er Loose —, Oest. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 2..., Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente —, 77er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungarische Papierrente —, Discanto —, Egypter 71,00, Gotthardbahn ... Matt.

Wien, 20. Januar, Abends. Credit 280,00, Staatsb. 322,20, Lombarden 13..., Nordwestbahn 1..., Marknoten 58,82, Ung. Credit 2..., Matt.

Paris, 20. Januar (Schluß.) Rente 78,75, Anleihe 115,17, Italiener 8..., Staatsbahn 6..., Lombarden 2..., do. Prioritäten 29..., Egypter 3..., Oesterr. Goldrente 8..., Fest.

Paris (Produkten), 20. Januar, (Schluß.) Weizen Januar 2..., März-Mai 2..., ruhig. Spiritus Januar 5..., Mai-August 5..., ruhig. Rüböl Januar 8..., Mai-August 8..., fest.

Amsterdam (Produkten), 20. Januar. (Schluß.) Weizen März —, Mai —. Roggen März 171, Mai 170.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König hat den zum Vice- und Deputy-Konsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Annaberg ernannten Herrn Jay Ewing in dieser Eigenschaft anerkannt.

— II. MM. der König und die Königin spendeten je 30 M. für die Hinterbliebenen des in Posta verunglückten Steuermannes Gerisch.

— Das Allgemeine Ehrenzeichen erhielten die in Ruhestand getretenen Chausseewärter Gottlob Beyer in Oberwiesenthal und Gottlieb Göbel in Jöhstadt.

— Das Finanzministerium hat beschlossen, von jetzt ab folgende Staatsforstreviere des Forstbezirkes Grimma, und zwar das Zimmlitzer: „Leidewitzer Forstrevier", das Luppner: „Wermsdorfer Forstrevier" und das Wermsdorfer: „Hubertusburger Forstrevier" zu benennen.

— Es wird nicht blos in Leipzig, sondern im ganzen Sachsenlande mit Genugthuung aufgenommen werden, daß die Fortschrittler und Sezessionisten den beabsichtigten Antrag auf Verlegung des Reichsgerichts von Leipzig nach Berlin nicht einbringen. An und für sich wäre derselbe aussichtslos gewesen; es hätte sich im Reichstage keine Mehrheit gefunden, welche die für den endlichen Bau des Reichsgerichtsgebäudes geforderte erste Rate verweigert hätte. Die Konservativen schenken den Ausführungen der Abgg. Ackermann und Dr. Frege, sowie der Herren Dr. v. Schwarze und Günther, die sich warm für Leipzig verwendeten, gern Gehör; auch das Centrum ist seiner bundesstaatlichen Tendenz entsprechend für Leipzig, desgleichen auch ein Theil der Nationalliberalen. Nun ist es zwar richtig, daß die Anwälte beim Reichsgericht eine Petition um Verlegung nach Berlin eingereicht haben, sowie daß sich mehrere der Reichsgerichtsräthe nach Berlin zurücksehnen. Man kennt aber auch die Beweggründe. Die betr. Anwälte sind meist Preußen, denen es in Berlin besser gefallen hat, als in Leipzig. Die Gewohnheit, die Bequemlichkeit, die alten Familienbeziehungen spielen da eine Hauptrolle; sie können aber unmöglich den Ausschlag geben gegenüber der Thatsache, daß die Unparteilichkeit des Reichsgerichts besser gedeiht in einer gewissen Entfernung von der Atmosphäre der Hofluft. Zudem liegt ein Gesetz vor, beruhend auf den übereinstimmenden Beschlüssen des Bundesrathes und des Reichstages, das als Sitz des obersten Reichsgerichts ausdrücklich Leipzig festsetzt.

— Die Kgl. Polizei-Direktion macht bekannt, daß auf Grund von § 16 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie das Sammeln von Beiträgen zu Absendung eines Vertreters zu der im Frühjahr dieses Jahres in Aussicht genommenen sozialdemokratischen Allgemeinen Parteivertretung, sowie das Einsammeln von Geldern zur Förderung von sozialdemokratischen Bestrebungen in Form der Veranstaltung einer Lotterie und des Vertriebes von Lotterieloosen dazu überhaupt innerhalb des Bezirkes der Königl. Polizei-Direktion unter Hinweis auf die in § 20 des erwähnten Gesetzes angedrohten Strafen verboten wird.

— Bei dem letzten Hochwasser der Elbe drang das Wasser in zusammen 118 Hausgrundstücke hiesiger Stadt ein und setzte deren 86 von 279 Köpfen bewohnte Wohnungen, sowie 218 Gewerbsräume und Werkstätten unter Wasser. 66 Wohnungen und 79 andere Räume davon waren im Parterre, die übrigen im Souterrain gelegen. Gegenwärtig sind alle Räume wieder wasserfrei, einige Wohnungen jedoch noch nicht wieder benutzungsfähig. Der Ueberschwemmung der Keller hat jedoch noch nicht wirkungsvoll begegnet werden können.

— Die Anmeldungen für die Betheiligung bei der Kochkunst-Ausstellung in Leipzig, die am 1. Februar beginnt, sind nun geschlossen. Die Zahl der Aussteller beträgt über 300. Die „Carne pura" wird eine Specialausstellung bilden; Frau Lina Morgenstern aus Berlin, die Leiterin der dortigen Volksküchen ꝛc., war deshalb bereits in Leipzig.

— Der Leipziger Realschuldirektor Horche, welcher wegen unehrenhafter Handlungen in Anklagestand versetzt, flüchtig ward und seit einiger Zeit schon steckbrieflich verfolgt wurde, ist in Augsburg unter dem Namen Graf Hochberg aufgegriffen worden.